Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise: Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,60 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 3,69 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 4,14 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise: Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pfg., für Auswärtige 50 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 60 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Schriftgebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 130. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Donnerstag, den 6. November. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschusse.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Schuld und die Verlängerung des Weltkrieges hat am Freitag seine Sitzungen wieder aufgenommen und sollte nunmehr der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg unter dem vorgeschriebenen Eide Zeugnis für die Ursachen des Weltkrieges und seine Verlängerung ablegen. Herr von Bethmann Hollweg hat auf drei wichtige ihm vorgelegte Fragen Auskunft erteilt und zwar erstens auf die Frage, aus welchen Gründen das Friedensangebot Deutschlands und Oesterreichs am 12. Dezember 1916 erfolgt ist, obwohl bereits damals durch Deutschland eine Friedensvermittelung des Präsidenten Wilson angeregt und auch in sichere Aussicht gestellt war. Zweitens hatte Herr von Bethmann Hollweg darin Auskunft zu erteilen, aus welchen Gründen Deutschland damals mit seinem Friedensangebote nicht auch seine genauen Friedensbedingungen an den Präsidenten Wilson bekanntgegeben hat, und drittens wollte der Untersuchungsausschuß von dem ehemaligen Reichskanzler wissen, aus welchen Gründen die politische Reichsleitung die erst von ihr angeregte Friedensvermittelung Wilsons nicht weiter verfolgt und dann plötzlich ihre Zustimmung zur Führung des unbeschränkten U-Bootkrieges gegeben hat, obwohl sie wußte, daß dieser unbeschränkte U-Bootkrieg zum Kriege mit Amerika führen würde. — Der ehemalige Reichskanzler hat eine sehr umfangreiche Beantwortung dieser Fragen schriftlich und mündlich gegeben, aber wenn man sich diese stundenlangen Erklärungen des Herrn von Bethmann Hollweg genau ansieht, so hat er damit zur wirklichen Aufklärung in den genannten drei Fragen wenig neues vorgetragen. Als wichtig, aber nicht neu erfuhr man aber aus dem Munde des früheren Reichskanzlers, daß die Heeresleitung und die Militärpartei über die schwächliche und schwankende Politik des Reichskanzlers offenbar schon lange den Sieg davongetragen hatte. Die Lage im Dezember 1916 und im Januar 1917 war nun die, daß Deutschland und Oesterreich von ihren Feinden auf Grund ihres Friedensangebotes eine wirkliche Bereitschaft zu Friedensverhandlungen erhofften, daß aber die Feinde sich in dieser Frage vollständig ablehnend verhielten. Die deutsche Marine fühlte sich nun damals auf Grund der Fähigkeit mit dem unbeschränkten U-Bootkriege so stark, daß England innerhalb sechs Monaten zur Friedensgeneigtheit gebracht werden könnte, wenn am 1. Februar 1917 der verschärfte U-Bootkrieg beginne. Dieser Zeitpunkt des Beginnes des verschärften U-Bootkrieges war als der äußerste Termin bezeichnet worden, um England an der Versorgung von Lebensmitteln zu verhindern. Die Oberste deutsche Heeresleitung hat nun damals den verschärften U-Bootkrieg mit aller Entschiedenheit als ein von der politischen und militärischen Lage gebotenes Kampfmittel verlangt, und hinter dieser Forderung der Obersten Heeresleitung stand auch ein großer Teil des deutschen Volkes, sogar der überwiegende Teil der deutschen Presse hat in diesem Sinne gewirkt. Mächtige Parteien, darunter die Zentrumspartei, hätten auch damals erklärt, daß der Reichskanzler zwar allein dem Reichstage verantwortlich sei, daß er aber in den wesentlichen Dingen seine Entscheidung auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung stützen müsse. Falle nun diese Entscheidung für die Führung des unbeschränkten U-Bootkrieges aus, so würde auch der Reichstag sein Einverständnis dazu erteilen. Entscheidend war auch, daß die Oberste Heeresleitung entschlossen war, es auch mit Amerika auf den Krieg ankommen zu lassen, und stand der Entschluß zum unbeschränkten U-Bootkriege fest. Die Friedensaktion Wilsons sei durch unser Friedensangebot nicht beeinträchtigt worden.

Letzte Mahnung an die Truppen im Baltikum.

WTB. Berlin, 1. November. Die Reichsregierung hat an die Truppen im Baltikum, die sich weigern, dem Befehl zur Rückkehr Folge zu leisten, folgende letzte Mahnung gesandt:

Die Reichsregierung hat gegen die noch im Baltikum stehenden Truppen, die sich bis heute weigern, das fremde Land zu räumen, notgedrungen die schärfsten Maßnahmen ausgesprochen: Jeder, der nicht am 11. November die deutsche Grenze überschritten hat, wird als fahnenflüchtig und seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt.

Die Reichsregierung weiß, daß die verwerflichen Irreführungen angewandt worden sind, um die Truppen im Baltikum von der Rückkehr abzuhalten und um weitere Heeresangehörige herbeizulocken. Man hat ihnen gesagt, die Reichsregierung müsse ja unter dem Druck der Forderungen des Verbandes sich den Anschein geben, als arbeite sie mit allen Mitteln auf eine Räumung Lettlands und Litauens hin. Im Grunde aber sei sie mit dem Vorgehen, wie es die Eiserne Division und andere Verbände betreiben, vollkommen einverstanden. Das ist eine Lüge! Es gibt nur eine einzige Politik der Reichsregierung in den Ostfragen, und es heißt: Heraus aus dem Baltikum! Alles andere sieht sie als eine verbrecherische Abenteurerpolitik an, die jetzt schon das ganze deutsche Volk in die schlimmsten Bedrohnisse geführt hat und darauf und daran ist, weitere unendliche Schwierigkeiten und Gefahren herbeizubeschwören. Deshalb hat sie zu den letzten, unerbittlichsten Mitteln gegriffen, um die Irregeführten und Verleiteten in letzter Stunde zur Besinnung zu bringen: indem sie jeden für fahnenflüchtig und in kürzestem Verfahren seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, der nicht spätestens bis zum 11. November auf deutschen Boden zurückgekehrt ist. Das bedeutet, daß jeder, der die Rückkehr verweigert, seiner sämtlichen Versorgungsansprüche in Deutschland verlustig geht. Er bekommt weder militärische Bezüge irgendwelcher Art noch Invaliden- und Altersrenten, und er hat keine Ansprüche auf Unterstützung, wenn er verwundet oder krank wird. Wenn er nach Deutschland zurückkehren will, gilt er als Landfremder und wird wegen Fahnenflucht bestraft. Im Auslande ist er den Maßnahmen der fremden Regierungen preisgegeben, ohne daß eine Regierung sich seiner annimmt. Auch seine jetzige oder zukünftige Frau und Kinder sind keine Deutschen mehr und werden es nicht. Auch sie verlieren den Anspruch auf irgendeine Fürsorge von deutscher Seite.

Dies gibt die Reichsregierung denjenigen noch einmal aufs eindringlichste zu bedenken, die im Baltikum stehen oder in das Baltikum wollen und die trüben Aussichten nicht achten, die ihr Tun für das Vaterland und für sie selbst nach sich ziehen muß. Der Augenblick ist näher, als sie glaubten, wo sie in dem schweren nordischen Winter ohne Zufuhren, ohne Munition, ohne Verbandszeug der Wut der erbitterten Truppen jener Länder ausgesetzt sein werden.

Noch einmal, ehe das Schlimmste kommt! Heraus aus dem Baltikum! Zurück in die Heimat!

Bauer. Schiffer. Bell. David. Erzberger.
Geßler. Giesberts. Koch. Dr. Mayer. Müller. Noske.
Schlicke. Schmidt.

Neue Hinausschiebung des Friedenseintritts.

WTB. Versailles, 2. November. Der Ministerrat beschäftigte sich in der heutigen Vormittagssitzung unter Clemenceaus Vorsitz wiederum mit Maßnahmen, um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit Marschall Fochs ist beschlossen worden, durch eine Note die deutsche Regierung aufzufordern, in kürzester Frist Vertreter nach Paris zu entsenden, die gemeinsam mit denen der verbündeten Mächte und des interverbündeten Generalstabs die einzelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen. Laut „Temps" hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der interverbündeten Kommissionen; auch soll die deutsche Regierung vor Inkrafttreten des Friedensvertrages ein Protokoll unterzeichnen, in dem sie erklärt, daß die noch nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden müßten. Nach „Temps" ist es unmöglich, die Genehmigungsurkunden am 11. November auszutauschen.

Berlin, 3. November. Die „Deutsche Allgem. Ztg." veröffentlicht einen Artikel „Die deutsche Politik", in dem es u. a. heißt:

Je länger die Vollziehung sich hinzieht, desto mehr verstärkt sich das Gefühl, als ob sich die heutigen Staatsmänner des Verbandes vor dem Frieden fürchten. Mit dem Frieden beginnt zwangsweise die Gemeinsamkeit der Völkerarbeit. Demnach hat der Verband Angst vor all den Forderungen und Rechtsabmachungen, die nun einmal auf dem Papier stehen. Wenn nicht alles täuscht, ist er dabei, den ursprünglichen Fehler noch ins Unendliche zu vergrößern. Der Friedensschluß macht die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes unmöglich, oder richtiger: Diese Aufrechterhaltung macht den Friedensschluß gegenstandslos. Bleibt der Waffenstillstand aufrechterhalten, so ist jeden Augenblick mit Kündigung und Vormarsch zu rechnen. So kommen wir aus der Zeit der Kriegsrechte und Kriegsmittel nicht heraus. Dieser Tatbestand, unwiderleglich und fürchterlich wie er ist, bildet eine seltsame Illustration zu dem letzten Programmpunkt des Wahlaufrufes, mit dem die französischen Sozialisten in den Kampf gehen: „Allgemeine Abrüstung in allen Ländern, von denen Deutschland den Anfang machen muß." Die französischen Sozialisten wünschen die Beseitigung des letzten Hindernisses, nämlich der uns nach dem Friedensvertrag zustehenden militärischen Macht, die uns davor bewahrt, zum Verfuchsland gutgläubiger und mehr noch böswilliger Illusionisten zu werden. Mit ihrer Forderung der Entwaffnung Deutschlands werden sie Herrn Foch seinen Wunsch und seine Aufgabe wesentlich erleichtern und ihren Regierungen die unangenehme Pflicht des Umdenkens ersparen.

Genf, 3. November. Die Ankunft der militärischen und diplomatischen deutschen Vertrauensmänner in Paris zur Teilnahme an den Beratungen über Einhalten des Friedensvertrages wird für die erste November-Hälfte erwartet. Es ist möglich, daß zur Erleichterung des Verkehrs der Berliner Regierung mit ihren Delegierten ein besonderer Telephondienst zwischen Paris und Berlin eingerichtet wird. Man rechnet auf mindestens 5 Pariser Sitzungen.

Beschränkung des Postbetriebs infolge Einstellung des Personenverkehrs.

WTB. Berlin, 3. November. Infolge der bevorstehenden Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen fällt die Möglichkeit fort, die Postsendungen in den Schnell- und Personenzügen zu befördern. Infolgedessen können auf den Hauptstrecken nur noch Eilgüterzüge und im übrigen Güterzüge für den Postversand benutzt werden. Die damit verknüpfte Ausschaltung einer großen Zahl von Bahnpostwagen macht es notwendig, die Annahme von Wertbriefen und Paketen, ausgenommen Medikamente und Pressesendungen, für kurze Zeit zu sperren. Um den Telegraphen für die wirklich wichtigen Telegramme betriebsfähig erhalten zu können, wird die Annahme von Glückwunsch- und Begrüßungstelegrammen sowie nicht dringenden Familienangelegenheiten und dergleichen bis auf weiteres eingestellt.

Wirtschaft und Friedensvertrag.

Amsterdam, 1. November. „Algemeen Handelsblaad" meldet aus London, daß in der nächsten Woche in London eine internationale Wirtschaftskonferenz zusammentreten wird, die die europäische Lage und die Bildung einer internationalen Organisation zur Verteilung von Lebensmitteln, Kohlen und Rohmaterialien besprechen solle. Ferner werde sich die Konferenz, die nach dem Blatt einen öffentlichen Charakter trägt, mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen in Europa beschäftigen und Vorschläge machen, in welchen Punkten eine Revision des Friedensvertrages wünschenswert ist.

Politische Rundschau.

Der Reichsminister Schiffer über die Lage.

Der Reichsminister Schiffer hat am Sonntag in Magdeburg vor einer großen Versammlung eine sehr bedeutsame Rede über die Lage und zumal auch über die Revolution, die Reichsverfassung und über die Stellung der Deutschen Demokratischen Partei zur Regierung gehalten. Schiffer wies zunächst darauf hin, daß die Demokraten keine Ursache hätten, den Revolutionstag des 9. November festlich zu begehen. Denn dieser Tag sei auch ein entsetzlicher Niederbruch in Deutschland und im Heere gewesen und er könne das Herz nicht freudig stimmen. Die tiefen Erschütterungen und Verwirrungen hätten auch vermieden werden können, denn die parlamentarische Regierungsform hatte man in Deutschland bereits vor dem 9. November erreicht. Es würde aber der Ruhm der alten Sozialdemokratie bleiben, daß sie in der Zeit des Zusammenbruches die Leitung der politischen Geschicke Deutschlands in die Hände genommen und Deutschland vor dem tiefsten Sturze bewahrt habe. Ohne die deutschen Beamten und Offiziere hätte die Sozialdemokratie aber das Rettungswerk nicht leisten können und müßten deshalb auch die Verdienste der deutschen Beamten und Offiziere anerkannt werden. Ein Glück sei es gewesen, daß die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung keine Mehrheit erhielt, denn sonst würde man von ihren Führern Unmögliches verlangt haben. Im Interesse des Vaterlandes sei denn die Demokratische Volkspartei mit in die Regierung eingetreten. Die Regierungsparteien hätten dann auch die neue Reichsverfassung fertiggestellt, welche besser sei als ihr Ruf, denn sie setze die weitere Entwickelung des Reiches in der Richtung des Einheitsstaates fort und mache zugleich den einzelnen Staaten große Konzessionen. Dies entspreche dem deutschen Volkscharakter. Die Demokraten ständen auf dem Boden der republikanischen Verfassung, sie wendeten sich aber gegen jede Beschimpfung der alten Monarchie. Die jetzige Regierung sei der Bund der verfassungstreuen Parteien und sei die Verfassung gegen rechts und links zu schützen. In manchen Fragen könnten die Demokraten mit den Sozialdemo-

raten zusammengehen, so auch bis zu einem gewissen Grade bei dem Betriebsrätegesetz. Der Unternehmergeist, der Deutschland groß gemacht habe, müsse aber erhalten bleiben. Es gälte die freie Betätigung wirtschaftlicher Kräfte auf sozialer Grundlage zu erhalten. Neue Ideale und eine neue Kultur sei zu zimmern. Die große Not erfordere auch die Erfüllung großer Aufgaben. Diese Rede wurde mit reichem Beifall aufgenommen.

Die zeitweise Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen.

Die wegen der Kohlennot und der Kartoffelversorgung notwendig gewordene Verkehrssperre für den Personenverkehr auf den Eisenbahnen vom 5. bis 15. November hat in Deutschland eine große Erregung erweckt und sie wird viele Schwierigkeiten und Nachteile mit sich bringen. Gegen diese vom Reichskabinett beschlossene Maßregel ist aber im Hinblick auf die schwere Notlage nicht viel einzuwenden, und muß sie eben ertragen werden. Hart, sogar sehr hart werden die Kreise des deutschen Handels und Verkehrs durch diese Maßregel betroffen, und werden wahrscheinlich auch in Bezug auf alle Postbeförderungen Verzögerungen entstehen. Wie nun aber von zuständiger Seite mitgeteilt wird, soll der Postverkehr doch keine wesentliche Unterbrechung erfahren, da alle Eilgüterzüge besondere Postwagen mit sich führen. Wir wollen daher hoffen, daß die Einstellung des Personenverkehrs auf 11 Tage auf den Eisenbahnen dem deutschen Geschäftsleben keine allzuschweren Nachteile bringen wird.

Verbotene Kundgebungen am 9. November in Berlin.

Die Regierung hat die von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten für den 9 November in Berlin geplanten Massenkundgebungen nicht genehmigt.

Drohende Arbeiterunruhen in Frankreich.

Das Genfer Journal meldet, daß in Lyon Truppen eingerückt sind, da in der Stadt eine Aufstandsbewegung der streikenden Textilarbeiter droht, die die Fabriken in die Luft zu sprengen planen. Die Fabrikbesitzer haben die Aussperrung der ausständig gewordenen Arbeiter beschlossen.

Der Streit um die Abstimmung über den Friedensvertrag in Amerika.

Laut dem Preßbüro Radio brachte Senator Lodge im Senat den schriftlichen Antrag ein, daß der 12. November als Zeitpunkt für die endgültige Abstimmung über den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt werde. Senator Hitchock beantragte den 10. November als Abstimmungstag. Senator Borih hat zwei neue Vorbehalte eingebracht.

Die in Italien drohende Revolution.

Das führende italienische Sozialistenblatt „Avanti" meldet, daß die Sozialisten Italiens beschlossen haben, am 9. November Kundgebungen für die Ausrufung einer Räterepublik in Italien und für die Diktatur des Proletariats in allen größeren Industriestädten des Landes zu veranstalten. Um Unruhen zu vermeiden hat die italienische Regierung für den 8. und 9. November in allen größeren Städten besondere militärische Sicherheitsmaßregeln angeordnet.

Die harten Friedensbedingungen für Bulgarien.

Aus Paris wird gemeldet, daß der Oberste Rat der Verbandsmächte am 3. November den Vertretern Bulgariens die Friedensbedingungen überreicht hat. Diese Friedensbedingungen sind sehr hart und sind alle Gegenvorstellungen Bulgariens gescheitert, obwohl sich Italien und Amerika bemüht hatten, für Bulgarien günstigere Friedensbedingungen durchzusetzen. So wird in dem Friedensvertrage die Dobrudscha Rumänien und Zaribrod Serbien zugesprochen. Die Schwierigkeiten Bulgariens, ein Söldnerheer von 20 000 Mann aufzustellen, an Stelle von durch Wehrpflicht aufgebrachten Soldaten, wurde von den militärischen Sachverständigen anerkannt. Trotzdem lehnt die Friedenskonferenz den bulgarischen Einwand ab. In Schiffs- und wirtschaftlichen Fragen wurden dagegen Zugeständnisse gemacht.

Wie sich die Verbrundsmächte für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow rächen wollen.

Aus Paris wird berichtet, daß der Oberste Rat der Verbandsmächte in seiner Sitzung vom 1. November beschlossen hat, daß Deutschland als Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe eine Anzahl anderer Kriegsschiffe und dann auch noch schwimmende Docks und Flottenmaterial abgeben soll. An Deutschland solle demnächst eine Note gerichtet werden, welche diese Forderung in Gestalt eines Protokolls enthalten soll. Man kann aus diesem Beschlusse der Verbandsmächte immer nur wieder den unversöhnlichen Haß unsrer Feinde, trotz des abgeschlossenen Friedensvertrages, erkennen.

Englands Widerstand gegen die Abhaltung einer Hungerkonferenz in London.

Während bereits gemeldet wurde, welche Vertreter der deutschen Volkswirtschaft, des Handels und der Industrie und der Presse nach London reisen würden, um dort an der von vielen einflußreichen Engländern gewünschten Konferenz zur Milderung der Hungersnot teilzunehmen, kommt jetzt aus London die Nachricht, daß es wahrscheinlich aus der ganzen Konferenz nichts werde, weil die englische Regierung die Erlaubnis zur Abhaltung dieser Konferenz in England verweigern wolle. Man scheint in England zu befürchten, daß in der geplanten Konferenz gegen die Linderung der Hungersnot Beschlüsse gefaßt werden könnten, welche die Milderung des Friedensvertrages mit Deutschland fordern, und eine solche Stimmung will die englische Regierung in England zurzeit offenbar unterdrücken.

Ein Bündnis der Letten und Esten.

Nach einer Depesche aus Mitau haben sich die Letten mit den Esten im Kampfe gegen die westrussische Armee verbündet. Den Oberbefehl über die verbündeten Truppen hat der estnische General Laidiner übernommen.

Vom tschechischen Nationalfeiertag.

Mit großem Pomp wurde der 28. Oktober, der tschechische Nationalfeiertag, eingeleitet. Der Vortrag, als Trauertag wurde in Prag gleich mit Deutschenmißhandlungen eingeleitet. Unter dem 27. Oktober kam aus Prag folgende Meldung: Zu Mittag kam es auf dem Graben und Wenzelsplatz zu empörenden Auftritten. Eine Gruppe von etwa einem halben Dutzend sibirischer Legionäre überfiel in der Mittagstunde auf dem Graben und Wenzelsplatz harmlose deutsche Passanten, welche geohrfeigt und caprügelt und „Deutsche Hunde" geschimpft wurden. Die Ohrfeigen, die die Legionäre den Leuten versetzten, bezeichneten sie höhnisch als „Gruß aus Sibirien" und verbreiteten sich wieder in der sattsam bekannten Weise über ihre Anschauung, daß das Deutschsprechen in Prag verboten sei. Auf dem Graben wurden einige Deutsche überfallen, von denen einer mehrere Schläge auf den Kopf erhielt, sodaß er bewußtlos zu Boden glitt. Die Polizeiwache mußte den Mann in einen Hausflur schaffen. Auf dem Wenzelsplatze wurde ein deutscher Invalide geohrfeigt und mit den Worten, „Schlagt ihn zum Krüppel" weiter insultiert. Es ist nach diesem Vorspiel, das sich auch an andern Orten ereignete, natürlich, daß sie als tschechoslowakische Staatsbürger diesen behohlenen Nationalfeiertag nicht mitfeierten. Fabriken und sonstige Betriebe standen zwar still, aber in den deutschen Gegenden sah es nicht nach Feiertags-, sondern nach Friedhofsstille aus. An der Festsitzung der Gemeindevertretung von Groß Prag nahmen die deutschen Gemeindevertreter nicht teil. So verlief nach den bisher eingelaufenen Nachrichten der Tag gegen frühere Feste verhältnismäßig rühig.

Nachrichten

übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Wtb. Breslau, 4. November. Die Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westpreußen teilt mit: Die von Seiten der U. S. P. Oberschlesiens verbreitete Nachricht, Reichs- und Staatskommissar Hörsing habe das von ihr geplante Organ „Arbeiterpost" schon vor seinem Erscheinen verboten und habe seinen Widerstand erst auf Grund der Regierung hin aufgegeben, ist vollkommen falsch. Der Reichs- und Staatskommissar hat persönlich weder mit dem Verbot noch mit der jetzt erfolgten Genehmigung etwas zu tun. Die Genehmigung zum Erscheinen einer neuen Zeitung zu erteilen ist nach den Bestimmungen über den Belagerungszustand in Oberschlesien einmal Sache der Ortspolizeibehörde, die ihrerseits die Erteilung der Genehmigung von dem Nachweis der seitens der zuständigen Reichsbehörde erteilten Bewilligung des Papierkontingents abhängig zu machen weiß. Dieser Nachweis konnte nicht erbracht werden. Die Genehmigung mußte daher versagt werden. Auch der Hinweis der U. S. P. darauf, daß die Zeitung auf sogenanntem verkehrsfreien farbigen Papier gedruckt werden könnte, dürfte für die Erteilung der Genehmigung nicht in Betracht gezogen werden, da diese Papiersorte nur auf Kosten der für das kontingentierte Zeitungspapier bestimmten Rohstoffe hergestellt und im Schleichhandel erworben wird. Nachdem die U. S. P. aber inzwischen von der zuständigen Reichsstelle ein bestimmtes Kontingent für ihr Organ ordnungsgemäß bewilligt erhalten hat, bestand auch für die Ortspolizeibehörde kein Hindernis mehr, das Erscheinen der „Arbeiterpost" zu verweigern.

Privattelegramm. Breslau, 4. November. Um das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien zu einem für das Reich, für Preußen und nicht zuletzt für Oberschlesien selbst guten Ende zu führen, ist es dringend notwendig, die Vorbereitungen dazu ungesäumt in Angriff zu nehmen. Dazu gehört u. a., daß die nicht im Abstimmungsgebiete wohnenden gebürtigen Oberschlesier, die an der Abstimmung teilzunehmen beabsichtigen — und das sollten alle tun —, sich sofort folgende Unterlagen beschaffen:

a) jeder die Geburtsurkunde vom Standesamt seines Geburtsortes (vor 1. Oktober 1874 Geborene den Taufschein vom zuständigen Pfarramt des Geburtsortes, Israeliten von dem zuständigen Amtsgericht des Geburtsortes);
b) Ehefrauen außerdem die Heiratsurkunde vom Standesamt (vor dem 1. Oktober 1874 Getraute den Trauschein vom Pfarramt, israelitisch getraute vom Amtsgericht);
c) jeder für die Reise und den Aufenthalt in Oberschlesien ferner einen Paß oder einen polizeilichen Ausweis (möglichst mit Lichtbild).

Wegen der Eisenbahnfreifahrt, der Verpflegung während der Fahrt und, soweit als möglich der Unterbringung in Massenquartieren wird Sorge getragen werden. Die Arbeitgeber-Verbände sind aufgefordert worden, ihre Angestellten und Arbeiter für die Abstimmungszeit zu beurlauben, möglichst unter Weiterzahlung des vollen Lohnes. Nähere Mitteilungen hierüber werden noch ergehen und können auch jetzt schon durch die Verbände heimattreuer Oberschlesier, Abteilung B, Breslau 18, Kaiser Wilhelmplatz Nr. 20 (Fernsprecher-Amt Ring 10223 und 10237) eingeholt werden.

Wtb. Berlin, 4. November. Etwa 1000 Arbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn haben heute mittag ihre Tätigkeit eingestellt. Nach Mitteilungen der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn handelt es sich lediglich um einen Sympathiestreik im Anschluß an die Metallarbeiter-Bewegung. Störungen des Straßenbahnverkehrs sind vorläufig nicht zu befürchten.

Wtb. Berlin, 4. November. Auf Anordnung des Oberkommandos Noske fanden in Sachen der westrussischen Freiwilligen-Armee bezw. der westrussischen Regierung erneut Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen von Personen statt. In mehreren Druckereien wurden große Mengen von Geldscheinen und Briefmarken beschlagnahmt. Sieben Personen, die sich mit Anwerbungen, dem Erwerb von Material und Propaganda, sowie mit der Herstellung von Geldscheinen und Briefmarken für die westrussische Armee befaßt haben, sind in Haft genommen worden.

Auf Grund einer Verordnung des Oberbefehlshabers vom 1. November sind weitere Maßnahmen im Gange, um jedwede Unterbindung der Tätigkeit von baltischen Agenten durchzuführen, da diese bei der gegenwärtigen politischen Lage eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches bedeutet.

Wtb. Berlin, 4. November. Der Aeltestenrat der preußischen Landesversammlung beschloß, von nun an die ganze Woche zu tagen, nicht wie bisher die Sonnabends- und Montagssitzung freizulassen, da die Abgeordneten sich doch einmal in Berlin befinden und bei den schlechten Verkehrsverhältnissen nicht in die Heimat fahren können, und da ferner noch ein großes Arbeitspensum der Erledigung harrt. Im Laufe dieser Woche soll der Bergetat und der Etat des Staatsministeriums verabschiedet werden. Die Ausschußsitzungen finden abends statt.

WTB. London, 4. November. Reuter. Unterhaus. Die Klausel des Fremdengesetzes, die von der Beschäftigung von Ausländern auf britischen Schiffen handelt, wurde von der Regierung vollständig umgeändert. Sie verfügt jetzt, daß kein Ausländer als Kapitän, erster Offizier oder Schiffsingenieur auf britischen Schiffen, als Kapitän oder Steuermann auf Fischerfahrzeugen auftreten kann, ausgenommen wenn es sich um britische Schiffe handelt, die hauptsächlich Reisen außerhalb der Gewässern des Vereinigten Königreiches machen. Dieses Verbot findet keine Anwendung auf Ausländer, die während des Krieges in loyaler Weise in dieser Eigenschaft tätig waren.

WTB. Amsterdam, 4 November. Am Sonnabend erklärten dem Preß-büro Radio zufolge die in Washington anwesenden Vertreter der vereinigten Bergarbeiter, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

WTB. Reval, 4 November. Havas. Bericht des Großen Hauptquartiers. Unsere Offensive gegen Krasnoje Selo schreitet erfolgreich weiter. Wir machten viele Gefangene und erbeuteten Geschütze und Munition. Auf unserem linken Flügel rückten die lettischen Truppen weiter vor. Südlich Krasnaja Gorka machten wir ebenfalls Gefangene und erbeuteten Kanonen. Am Freitag wurden in Kronstadt und in den Batterien von Krasnaja Gorka zahlreiche Explosionen wahrgenommen und Feuersbrünste bemerkt. Man vermutet, daß die Bolschewister einige Forts in die Luft gesprengt haben.

WTB. Omsk, 4. November. Havas. Laut Nachrichten aus bolschewistischer Quelle wurden in Moskau neunzehn Vertreter von Konsumgesellschaften erschossen und etwa hundert festgenommen. Auch im übrigen Gebiete von Sowjetrußland wurden ebenfalls zahlreiche Vertreter von Konsumgenossenschaften eingesperrt und erschossen. Ein Dekret der Sowjetregierung fordert diese Genossenschaften auf, sich in Verpflegungsorganisationen umzuwandeln.

Wtb. Wien, 4. November. Aus Budapest berichtet das Neue Wiener Tagblatt: Nach Ansicht gut informierter Kreise wird die Krise Ende dieser Woche entspannt werden. Ministerpräsident Friedrich wird auf die Präsidentschaft verzichten. Der christliche Block wird aber auch dann dominieren und die demokratische und sozialistische Partei werden an der neuen Regierung teilnehmen. Diese Entscheidung wird auf Veranlassung der Ententebevollmächtigten getroffen. Weitere wichtige Entschlüsse stehen bevor.

W.T.B. Sens, 4. November. Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: Ein Zusammenstoß ereignete sich am Montag abend zwischen Pont-sur-Yonne und Sens. Der Simplonzug fuhr in den nach Genf fahrenden Zug hinein, nachdem er die Signale am Bahnhof überfahren hatte.

Wtb. Auxère, 4. November. Agence Havas. Anläßlich des Zusammenstoßes zwischen dem Simplonzug und dem Genfer Zug wurden bis jetzt 12 Tote unter den Trümmern geborgen. Ungefähr 30 Verletzte wurden nach Sens und Montreau gebracht. Nach der Erklärung eines Augenzeugen soll es etwa 30 Tote und 100 Verwundete gegeben haben. Zwei Wagen dritter Klasse und ein Salonwagen wurden zertrümmert, der Postwagen und der Speisewagen umgeworfen.

Wtb. Berlin, 4. November. Die Reichszentralstelle teilt mit: Es ist Anordnung getroffen, daß die Verkehrssperre vom 5. bis 15. November unter keinen Umständen zu Stockungen in der Rückführung der Kriegsgefangenen führen darf. Die Heimkehrendenzüge verkehren wie bisher. Auf den öffentlichen Verkehr angewiesene Heimkehrende werden durch Anhängen von Personenwagen an Eilgüterzüge befördert.

WTB. Berlin, 4. November. Am 7. November trifft hier die interalliierte Kommission für das Baltikum ein. Sie besteht aus 25 Offizieren und 50 Unteroffizieren und Mannschaften. Die Kommission will sich hier zwecks Information einige Tage aufhalten, um dann möglichst umgehend nach dem Baltikum abzureisen.

WTB. Braunschweig, 4. November. In einer Arbeiterversammlung, die von über 4000 Personen besucht war, wurde den Braunschweigischen Neuesten Nachrichten zufolge gestern abend eine Entschließung angenommen, durch die der Metallarbeiterverband aufgefordert wird, dem Verein der braunschweigischen Metallindustriellen ein Ultimatum zuzustellen, dahingehend, daß bis zum 6. November sämtliche Arbeiter der Firma H. Büssing wieder eingestellt werden müssen, andernfalls werde im ganzen Freistaate Braunschweig am 7. November der Generalstreik proklamiert werden.

WTB. Paris, 4. November. Der Oberste Rat beschloß, den Sitz der Abstimmungskommissionen und die Kommandos der interalliierten Besatzungstruppen folgendermaßen zu regeln: Allenstein an Großbritannien, Marienwerder an Italien, Oberschlesien an Frankreich, Teschen an die Vereinigten Staaten beziehungsweise provisorisch an Frankreich bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika.

Privattelegramm. Berlin, 5. November. Die Blätter sehen in der Forderung einer Auslieferung von 5 kleinen Kreuzern und 400 000 Tonnen Schiffsraum als Vorbedingung für den Frieden eine neue, Deutschland zugemutete Erpressung. Bei den sogenannten Strafbestimmungen handele es sich, wie ein Blatt sagt, um nichts anderes, als um einen neuen Vorwand, gerade die Dinge wegzunehmen, die England zur Wiederherstellung seiner Vormacht zur See brauchen könne.

— In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird die Meldung, daß die französischen Militäre, die bisher an der westlichen Reichsgrenze für Deutschland den Zolldienst wahrgenommen haben, durch deutsche Zollbeamte ersetzt werden sollen, für zutreffend erklärt.

— Gestern ist, so schreibt der „Vorwärts", von den unabhängigen und spartakistischen Arbeiterräten und Funktionären in Berlin die Parole zum politischen Generalstreik ausgegeben worden. Der radikale Vollzugsrat ist eine rein politische Körperschaft, und wenn er die Parole zum Generalstreik ausgibt, dann will er eine Massenbewegung, an deren Feuer das links-revolutionäre Süppchen gekocht werden kann. Arbeiter! Folgt der Verführung nicht. Hier wird der Generalstreik zum Generalunsinn.

Wie die Blätter sagen, besteht bei den Verkehrsangestellten keine Neigung zum Generalstreik.

Stockholm, 2. November. Wie die schwedische Zeitung „Sozialdemokraten" meldet, beträgt das Defizit in dem Staatshaushalt des Sowjetrußland für das erste Halbjahr 1919 über 30 Milliarden Rubel; 20 Milliarden Einnahmen stehen 50¾ Milliarden Ausgaben gegenüber. Ein halbes Jahr Bolschewistenwirtschaft kostet also mehr als 4 Jahre Krieg.

WTB. Berlin, 4. November. Das Gesetz betreffend die Errichtung einer Provinz Oberschlesien gelangt in den nächsten Tagen zur Verkündung und tritt damit in Kraft. Wirkung äußert es sofort in der Richtung, daß die staatliche Verwaltung weiter durch ein eigenes oberschlesisches Oberpräsidium geführt wird und auch der im Gesetz vorgesehene Beirat zur Begutachtung wichtiger Fragen ins Leben tritt. In kommunaler Hinsicht äußert das Gesetz ebenfalls sofort seine Wirkung dain, daß ein oberschlesischer Provinziallandtag errichtet wird, der aus den Abgeordneten des Provinziallandtages der alten Provinz Schlesien besteht, die aus den zu dem Regierungsbezirk Oppeln gehörenden Kreisen stammen. Dieser Landtag wird a's wesentliche Befugnisse die Beschlußfassung über Provinzialstatuten auszuüben haben, wie sie nach dem jetzt zur Beratung stehenden Gesetz allen Provinzen für Arbeiterselbstverwaltungsbefugnis zugedacht ist. Da im übrigen die Auseinandersetzung der beiden neuen Provinzen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht naturgemäß eine längere Vorberatung erfordert, muß bis zum Abschluß eines gegenseitigen Abkommens hierüber die oberschlesische Provinzialverwaltung und Vertretung (die letztgenannte jedoch nur soweit sie den Provinzialhaushalt berührt) durch die bisherigen Stellen als gemeinschaftliches Organ geführt werden.

WTB. London 3. November. Reuter. Der Sekretär des Eisenbahnerverbandes erklärte in einer in Cambridge gehaltenen Rede, die die Verhandlungen zwischen dem Eisenbahnerverband und der Regierung zum Gegenstand hatte, der Verband habe der Regierung einen revolutionären Vorschlag unterbreitet, der die offene Anerkennung der Tatsache einschließe, daß die Arbeiter Teilhaber an der Industrie sein müssen. Thomas sagte: Wir wollen Eisenbahndirektoren sein und werden es auch sein. Keine Partei kann die Schwierigkeiten der anderen kennen, außer, wenn sie miteinander in Fühlung stehen und dies sind die Richtlinien, nach denen wir mit der Regierung über die Lage beraten.

Eisenbahnkatastrophe in Dänemark.

Kopenhagen, 1. November. Heute Abend fuhr der Schnellzug aus Korsör dicht vor Kopenhagen in einen Zug aus Kallundborg hinein. Dabei stürzten 5—6 Wagen und die eine Lokomotive die Böschung hinab und wu den zertrümmert.

W.b. Kopenhagen, 2. November. Nach den bisherigen Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunglück bei Vigerslev 41 Personen getötet worden. 9 Leichen wurden unter der umgestürzten Lokomotive gefunden. Ueber die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Vigerslev wird noch folgendes mitgeteilt: Aus dem Zuge von Kallundborg, welcher gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintreffen sollte, fiel bei Vigerslev ein Kind aus dem Abteil. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und fuhr langsam zur Unfallstelle zurück. Als man das Kind wieder aufgefunden hatte und der Zug sich langsam in Bewegung setzte, brauste der Zug von Korsör heran und fuhr in die letzten Wagen des vorhergehenden Zuges hinein. Fünf Wagen des Kallundborger Zuges wurden zertrümmert. Die Lokomotive, der Tender, ein Packwagen und ein Personenwagen des Korsörzuges stürzten den hohen Bahndamm hinab. Unter den Verunglückten befinden sich zwei Deutsche, namens Otto Matz und Pauls. Der Verkehr auf der Strecke ist wieder hergestellt.

Lokales.

?? Namslau, 5. November. (Der Schlesische Pestalozziverein) hat, wie wir im Anschluß an den vor kurzem veröffentlichten Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Pestalozzivereins nach dem 49. Jahresbericht mitteilen, trotz der schweren Zeit seine verdienstvolle Tätigkeit auch im vergangenen Jahre voll aufrecht erhalten können. Die Anforderungen, die an den Pestalozziverein gestellt wurden, waren ganz bedeutende, und es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, wenn der Verein ihnen auch in Zukunft gerecht werden will. Der Provinzialverein zählte am Schluß des vergangenen Jahres 93 Zweigvereine mit 8191 Mitgliedern, von welchen 1229 Ehrenmitglieder waren. Von letzteren waren 200 Lehrer, 340 Lehrerinnen, 5 Lehrerfrauen-, witwen oder -töchter und 684 gehörten anderen Ständen an. Von den 6962 ordentlichen Mitgliedern waren 4145 evangelisch, 2803 katholisch und 14 jüdisch. — Die Gesamteinnahme betrug 81904,81 Mk., worin enthalten sind 61569,30 Mk. Mitgliederbeiträge der ordentlichen Mitglieder, 4278 Mk. Mitgliederbeiträge der Ehrenmitglieder und 6906,75 Mk. außerordentl. Einnahmen. — Die Reineinnahme der Hauptkasse betrug 68842,94 Mk., die Reineinnahme der Zweigvereine 33101 Mk. Der größte Teil der Gaben des Vereins entfällt auf die laufenden Unterstützungen und Erziehungsbeihilfen; es wurden dafür gebraucht 58725 Mk. — An besonders bedürftige Lehrerwitwen wurden auch außerordentliche Unterstützungen gewährt. Ihre Zahl betrug im vergangenen Jahre 77 und belief sich auf 1905 Mk. — An bedürftige Lehrersöhne und -töchter, die sich für einen Beruf vorbereiten, wurden Ausbildungsbeihilfen im Gesamtbetrage von 1070 Mk. gezahlt und zwar an 25 Bewerber. Aus den Stiftungen des Vereins, die eine Einnahme von 8788,52 Mk. hatten, wurden 6843 Mk. verteilt; die Zahl der damit Bedachten war 309. — Die gesamten Unterstützungen des Hauptvereins beliefen sich auf 68543 Mk.; außer diesen zahlten die Zweigvereine noch je nach Bedürftigkeit an eine Anzahl Hinterbliebener den Betrag von 26212 Mk., so daß die Gesamthöhe aller Unterstützungen die Höhe von 94755 Mk. erreicht. Verteilt wurde diese Summe in 3492 einzelnen Beträgen, von welchen 1932 an evangelische, 1552 an katholische und 8 an jüdische Standesangehörige fielen. — Der Vorstand hat seinen Sitz in Liegnitz.

= (Allerseelentag.) Da der 2. November in diesem Jahre auf einen Sonntag fiel, so war der Gedenk- und Fürbittag für die Verstorbenen am Montag, den 3. November. Nach der letzten Rosenkranzandacht am Sonntag nachmittag wurden die Totenvespern gesungen, und Montag früh um 7 Uhr wurde das Offizium abgehalten. Daran schloß sich das feierliche Totenamt, das Herr Pfarrer Pasternak zelebrierte, dann fanden Prozession, Libera und Salve Regina statt. Wie alle Jahre war auch dieswal der Besuch des Gottesdienstes ein zahlreicher. Trotz der Ungunst der Witterung führte auch der diesjährige Allerseelentag zahlreiche Leidtragende und Trauernde auf die Friedhöfe, wo sie an den Gräbern ihrer Lieben ein Gebet verrichteten und auf dem Grabhügel einen Kranz niederlegten. Mögen all die teuren Toten in Frieden ruhen! Sie werden von vielen glücklich gepriesen, da sie nichts wissen von all den Sorgen, welche das Herz der Lebenden ob der gegenwärtigen schweren Zeit erfüllen.

= (Ergebnisse der letzten Viehzählung in Preußen.) Das Preußische Statistische Landesamt veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse der am 1. September d. J. stattgefundenen Viehzählung. Danach hat sich seit dem 2. Juni die Zahl des des Rindviehs von 8924268 auf 8929844, der Schweine von 5695538 auf 7389362 Stück vermehrt. Die Pferdezucht hingegen hat einen Rückgang von rund 20000, die Schafzucht einen solchen von 200000 Stück aufzuweisen. Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß abgesehen von der Schweinezucht die Viehzucht sehr langsam fortschreitet. Es ist eine Folge der großen Verwüstungen, die durch den Krieg nicht nur in den Viehbeständen sondern auch in den Futtermitteln angerichtet wurden. Leider ist in dem letzten Vierteljahr auch eine Abnahme der Milchkühe um zirka 11000 Stück zu verzeichnen, ebenso eine Abnahme der Kälber um 11900 Stück. Demgegenüber weist das Jungvieh eine Zunahme um etwa 880000 Stück auf. Die Vermehrung der Zuchtsauen beträgt nahezu 98000.

= (Schlußtermin für Verleihung von Kriegsauszeichnungen.) Da nach den Meldungen der Auswicklungsämter die seit acht Monaten im Gange befindlichen Nachverleihungen Eiserner Kreuze jetzt im allgemeinen durchgeführt sind, wird durch eine Verfügung des Reichsministeriums vom 25. Oktober als Schlußtermin für Einreichung von Auszeichnungsvorschlägen und -anträgen für die Armee der 30. November festgesetzt.

Provinzielles.

Breslau. Die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien wurde am Sonntag, 2. November, nachmittags 4 Uhr, geschlossen.

Dyhernfurth. Auf einem etwa 20 Morgen großen enteigneten Grundstück soll eine Kolonie von etwa 20 Beamtenhäusern entstehen.

Altwasser. Auf dem Bahnhofe wurden zwei schwer bepackte Soldaten angehalten und bei ihnen eine Menge von Waren verschiedenster Art beschlagnahmt. Es war aus dem Proviantamt in Tichau gestohlenes Gut. Die Täter sind ein Sergenant und ein Gemeiner. Auf gefälschten Urlaubsbescheinigungen unternahmen sie mit den Waren Geschäftsreisen.

Charlottenbrunn. Auf dem Wege von Reußendorf nach Steingrund wurde die Tochter des Stellners Fabst von einem Wegelagerer überfallen und beraubt. Von einem Radfahrer wurde sie aus den Händen des Räubers befreit, der das Mädchen gewürgt und in den Straßengruben geschleudert hatte.

Neiße. Der Handelsmann Lewkowitz von hier wurde vor Hennersdorf von drei maskierten Männern überfallen und seiner Brieftasche mit einem größeren Geldbetrage beraubt.

Hindenburg. Bei dem Versuch, einen fahrenden Straßenbahnwagen zu besteigen, kam bei Mathesdorf der Arbeiter Scheja zwischen Motor- und Anhängewagen, wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Ujest. Dem jugendlichen Arbeiter Jatzek aus Alt-Ujest fiel ein 6 Zentner schweres Eisenstück auf den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Innerhalb acht Monaten wurde die hiesige kathol. Pfarrei durch Einbrecher heimgesucht.

Rosenberg. Wegen Kohlenmangels mußte die Gasanstalt am 29. Oktober den Betrieb einstellen, so daß Stadt und Bahnhof ohne jegliche Beleuchtung waren. Dieser Zustand rief unter der Einwohnerschaft große Aufregung hervor.

Vermischtes.

— Clewing als Heldentenor. Dem Reichstagskonzert des Vereins Berliner Presse, in dem der bisherige Hofschauspieler Clewing mit glänzendem Erfolg zum ersten Mal als Heldentenor auftrat, wohnten der Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer, Reichsminister Noske und Dr. David, Ministerpräsident Hirsch und eine große Anzahl führender Persönlichkeiten bei.

— Ein Werk des ehemaligen Großen Generalstabes. Der jetzt aufgelöste Große Generalstab hat noch ein Werk vollendet, das die Grundlage für die Darstellung des Weltkrieges abgeben wird. Im Verlage von Hermann Sack, Berlin W. 35 wird das aus zwei Bänden bestehende Werk erscheinen, das den Titel trägt „Die Schlachten und Gefechte des großen Krieges 1914—1918“. Quellenwerk nach den amtlichen Aufzeichnungen herausgegeben vom großen Generalstab. Dieses Werk bildet den Vorläufer des vielleicht nach Jahrzehnten erscheinenden amtlichen großen Werkes über den Krieg.

Billiges Brot in Schlesien.

Unter dieser Ueberschrift bringt die polnische Zeitung „Kuryer Czenstochowski“ vom 25. 10. 19 folgende Notiz:

„Die Preise für Brot sind in den oberschlesischen Städten im Vergleich zu den unsrigen sehr niedrig. So kostet ein vierpfündiges Brot gegen Karten 1,20 M., kartenfreies Brot 1,60 M. Manche Müller verkaufen sogar das Pfund Mehl zu 30 Pfg. Gemüse und Kartoffeln sind auch bedeutend billiger als bei uns, sodaß die Einwohner an der Grenze sich die Lebensmittel aus Preußen holen.“

Jeder Oberschlesier muß sich klar darüber werden, daß Deutschland ihm stets günstigere Lebensbedingungen bieten wird als Polen, das zwar von Zeit zu Zeit mit ausländischen Lebensmittellieferungen lockt, diese auf die Dauer aber nur zu unerschwinglichen Preisen an die Bevölkerung abgeben kann.

Der Winter des polnischen Soldaten an der Düna und Beresina.

Die polnische Zeitung „Kuryer Poranny“ vom 26. 10. 19 schreibt: „Nach seiner Rückkehr von einem Besuche an der Front berichtet ein Mitarbeiter des Kuryer Poranny in einem Artikel „Die Sorge um den polnischen Helden“ folgendes:

Der Soldat an der Beresina darf nicht einsam und vom Reiche vergessen dastehen. Die Allgemeinheit kann den Soldaten nicht ohne Schutz lassen, denn ihm hat sie es zu verdanken, daß wir die gewünschten Grenzen, Ruhe, Frieden und Sicherheit erlangten.

Und wißt ihr, daß in diesem kalten, regnerischen Herbst, der dort so schnell anbricht — schreibt weiter der Berichterstatter — unser Soldat ohne warme Wäsche ist, keine warme Decken, Schals, hat und die Zehen bloß aus den Stiefeln herausschauen.

Die aus schlechtem Material hergestellten Bekleidungsstücke und Mäntel gehen so schnell auseinander, daß es einen anwidert, diese Soldaten zu betrachten, denen die nackten Knie herausschauen. Mit an den Schultern und an den Ellenbogen zerfetzten Uniformen stehen sie hungrig und frierend auf ihren Stellungen.

Heute haben wir Ende Oktober. Dort, an der Düna und Beresina gibt es schon Fröste und mit schnellen Schritten naht der Winter. Wurde unser Soldat dort versorgt, hat er Winterkleidung und warme Wäsche zum Schutze gegen die dortigen ungewohnten Witterungsverhältnisse? Nein, und abermals nein! Ich sage es laut, weil es die Pflicht der Presse ist, auf die leichtsinnige Methode der Versorgung unserer jungen Armee mit Bekleidung hinzuweisen. Erfahren soll es der Landtag und seine Abgeordneten und die Militärkommission des Landtages für Versorgung unserer Feldsoldaten mit Bekleidung für die Winterkampagne soll davon Kenntnis nehmen, daß diese Versorgung allen Grundsätzen der Kriegswirtschaft Hohn spricht.

Unser Soldat hat keine Stiefel und muß deshalb seine Füße in Lappen, wie ein Bettler, einwickeln. Es aibt keine warmen Decken und ist er daher Massenerkältungen ausgesetzt. Daher das unerhörte Anwachsen der Erkrankungen an der Front, wie Lungenentzündung, Influenza, Fieber u. s. w.

Wozu eine derartige Versorgung der Armee führen kann, scheint die Regierung nicht zu bedenken.

In den Offizierskreisen an der Front spricht man sehr ernst über die ungewöhnliche bolschewistische Agitation unter unseren Soldaten und unter den gegebenen Verhältnissen ist es nicht schwer, das Gift der kommunistischen Fäulnis unserer jungen Armee einzuimpfen.“

Dieser Bericht wirft ein grelles Licht auf das Verantwortlichkeitsgefühl der polnischen Regierung, die, anstatt den zerrütteten Finanzen und der wirtschaftlichen Notlage zu steuern, stets neue Rüstungen gegen die Nachbarstaaten betreibt und rücksichtslos polnische Untertanen der Not und dem Verderben preisgibt.

Oberschlesier, laßt Euch das zur Warnung dienen!

Breslau, den 22. Oktober 1919.
Ohlauer-Ufer 2.

Provinzial-Fleischstelle
für die Provinz Schlesien.
Geschäftsnr. A. I. 2319/19.

Anordnung.

Auf Grund der Verordnungen des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Rg. Bl. S. 607) vom 4. November 1915 (Rg. Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (Rg. Bl. S. 673) und auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (Rg. Bl. S. 199), sowie der Verordnungen der Landeszentralbehörden betreffend Errichtung eines Landesfleischamtes und von Provinzial-Fleischstellen vom 22. August 1916 (Ministerialblatt für Landwirtschaft 1916 Seite 212) und betreffend den An- und Verkauf von Zucht-, Nutz- und Magervieh vom 16. Juli 1918 (Ministerialblatt für Landwirtschaft 1918 Seite 166) wird gemäß Verfügung des Landesfleischamtes vom 18. Oktober 1919 — B. I. 1867/19 — für den Bezirk der Provinz Schlesien folgendes angeordnet:

1. Jeglicher **An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh,** auch durch die vom Schles. Viehhandelsverbande mit Ausweiskarten versehenen Händler ist bis auf weiteres **verboten.**
   Diese Anordnung tritt am **27. Oktober 1919** in Kraft.
2. Für die **vor dem 27. Oktober 1919** gekauften Tiere wird nach diesem Zeitpunkt der Weiterverkauf nur gestattet und die Ausfuhrgenehmigung nur erteilt, wenn die entsprechenden Anträge bis spätestens **10. November 1919** bei der Provinzial-Fleischstelle eingehen und gleichzeitig
   a) vom Händler durch Einreichung des Ankaufsscheines,
   b) im übrigen durch Beibringung einer von dem zuständigen Amtsvorsteher ausgestellten Bescheinigung der Nachweis erbracht wird, daß der Ankauf vor dem 27. Oktober erfolgt ist. Nach dem 10. November 1919 eingehende Anträge werden nicht mehr berücksichtigt.
   Bei der Verbringung des Viehes innerhalb des Kreises finden vorstehende Bestimmungen entsprechend Anwendung.
3. Der Handel mit Ferkeln und Läuferschweinen bis zum Gewicht von 25 kg bleibt auch weiterhin gestattet.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung sind nach den eingangs aufgeführten Gesetzesbestimmungen strafbar.

Die Maßnahmen haben ihren Grund in der Aufbringung der Viehlieferungen an den Feindbund, die sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen und innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß durchgeführt sein müssen. Diese Aufbringung stellt so schwere Anforderungen an unsere Zuchtviehbestände, daß daneben ein Handel mit Zucht- und Nutzvieh nicht Platz haben kann.

J. A. von Lücken, Regierungsrat.

Welter veröffentlicht.

Namslau, den 1. November 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Den hiesigen Bürgern, soweit sie eigenen Hausstand haben, werden auch in diesem Jahre bis 2 Meter Brennholz aus dem hiesigen Stadtforst abgegeben.

Preis 15 M. je Meter.

Anmeldungen bis 20. November in unserer Stadthauptkasse.

Namslau, den 3. November 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober 1919 ab beträgt:

a) der Preis:
   für 1 cbm Leucht-, Koch- oder Motorengas 50 Pfg.
   „ 100 kg Koks 12 M.,
b) die Leihgebühr für Gasmesser:
   3 flammig 5,00 M.,
   5 „ 8,00 „
   10 „ 10,00 „ jährlich.

Namslau, den 3 November 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Während des Belagerungszustandes haben nur die vom Militärbefehlshaber ausgestellten Waffenscheine Gültigkeit.

Anträge auf Neuausstellung der Waffenscheine sind an uns einzureichen.

Namslau, den 1. November 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Infolge Verkehrsschwierigkeiten fällt die

Sitzung

des Landw. Kreisvereins Namslau am Freitag, den 7. 11. 19 aus.

Der Vorstand des Landwirtsch. Kreisvereins.
v. Loesch.

Aufruf!

Nach den Forderungen des Feindes schreitet die Verringerung des Heeres immer mehr fort und wird schließlich nicht mehr ausreichen, um bei größeren Unruhen, die durch Kälte und Hunger begünstigt werden können, Leben und Eigentum zu schützen!

Deshalb soll die Truppe bei größeren Unruhen durch Reserve-Freiwillige ergänzt werden; diese werden nur im Bedarfsfalle aufgerufen und gelten dann als Angehörige der Reichswehr auch bezüglich Löhnung, Verpflegung, Unterbringung und Versorgungsansprüche.

Besonders Schneider, Schuster und Sattler werden gesucht, **die in ihrem Berufe** bei der Truppe beschäftigt werden. Auch können solche, auch wenn sie nicht gedient haben, **sofort** beim Regiment eintreten.

Offiziere, Unteroffiziere und gediente Mannschaften von guter Führung wollen sich zur Eintragung melden in der Werbestelle Namslau Ring, Hotel „Schwarzer Adler", Dienststunden 9—12 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm. Militärpapiere mitbringen!

Jeder denke nicht an seine Bequemlichkeit, sondern an seine vaterländische Pflicht. Die Arbeitgeber werden ersucht, derartige Verpflichtungen von den Arbeitnehmern nicht zu erschweren.

Reichswehr-Schützen-Regiment Nr. 58.

Partei-Genossinnen und Genossen!

Die Revolutionsfeier

findet am

Sonntag, den 9. November 19, nachm. 1½ Uhr

bei **Scharff** und **Schwuntek** statt.

Alles auf zu der so überaus wichtigen Feier. **Kein Mitglied darf fehlen.**

Festredner: Genosse Unikower.

Familienangehörige, Bekannte und Verwandte sind dazu herzlichst eingeladen.

Nachher **Tanzvergnügen** in beiden Sälen. Bei ungünstigem Wetter Vorträge im Saale bei Schwuntek.

Sorgt alle für Massenbesuch!

Sozialdemokratischer Verein Namslau.

Verbandskolleginnen! Verbandskollegen!

Auf zur Revolutionsfeier

am Sonntag, den 9. November 19, nachm. 1½ Uhr in den Sälen bei Scharff u. Schwuntek.

Niemand darf bei der für die gesamte Arbeiterschaft so wichtigen Feier **fehlen.**

Familienangehörige groß und klein nebst Bekannten bei der Teilnahme sehr erwünscht.

Festrede hält Kollege Unikower.

Pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig. Bei ungünstiger Witterung wird die Festrede im Schwuntek'schen Saale abgehalten.

Im Anschluß an die Feier **Tanzvergnügen** in beiden Sälen.

Das Gewerkschaftskartell.

Freiwillige Versteigerung.

Montag, den 17. November 1919, vormittags 10 Uhr werde ich auf dem Grundstück des verstorbenen Fuhrwerksbesitzers **Emil Müller, Namslau,** Dt. Vorstadt

5 Arbeitswagen (4 schwere, 1 leichten) in gutem Zustande, versch. Schirr- und Lederzeug, 1 Paar neue eiserne Eggen, Ackergerät pp., diverse Wald- und Wagenketten, Decken, Wagenlaternen, Pferdeeimer u. a. m.

meistbietend versteigern. Die Sachen können eine Stunde vorher besichtigt werden.

Reimann,
Ger.-Vollz. Kr. A. in Namslau.

Feingemahl. rheinischen Traß

als **Streckungsmittel für Zement** offeriert billigst

S. Bielschowsky.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Zigarren, Zigaretten und Tabak

erstklassige reine Tabake, zu zeitgemäß billigen Preisen.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Besichtigung meines Engroslagers **Oels, Ring 40** (Eingang Luisenstraße) ohne Kaufzwang gestattet.

Max Jung, Oels

Telephon Nr. 63.

Engroslager Ring 40, Haupt-Filialen: Namslau, Ring 18; Breslau, Leuthenstraße 4.

Zum Engroshandel mit Zigarren, Zigaretten und Tabak im Deutschen Reiche zugelassen

---

Kontor-Kalender, Notiz- u. Abreiß-Kalender

1920

mit großen und kleinen Zahlen

empfiehlt

Buchhandl. Opitz.

Pa. gemahl. gebr. Kalk

offeriert

S. Bielschowsky,
Kohlen- und Kalkgeschäft.

Eine ungebr. Reise-Plüschdecke (150 M.), eine wenig gebr. Divandecke (300 M.), zwei gebrauchte Lambrequins (à 30 M.) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Dom. Hohen-Wilkau

verkauft

2½-jähriges Fuchsfohlen.

Der bereits angekündigte Transport starker hannoverscher

Rasse-Ferkel

ist eingetroffen und es kommen

zirka 200 Stück

Sonnabend, den 8. und Montag, den 10. November durch **Gebr. Bienek** auf hiesigem Schlachthof zum Verkauf.

Giesdorf, den 6. November 1919.

Gewöhnliche Wasserkreme gefriert, verdirbt

und durchrostet die Dosen. Verwendet daher nur **Dr. Gentner's reinen Oelwachslederputz**

Nigrin

Frostsicher, hochglänzend, färbt auch bei Regen und Schnee nicht ab.

Schwarz, braun, gelb, weiß.
Nur hauchdünn mit Lappen auftragen.

Ein gut erhaltener, großer

Phonograph

mit 15 Platten steht preiswert zum Verkauf bei **Gustav Ernst,** Kirchstr. 13.

Zwiebeln

hat noch abzugeben.

Krawatzek,
Sand-Vorstadt.

Der am **Sonntag, den 2. d. Mts. in Wilkau** angesagte **Ringkampf** konnte wegen plötzlicher telegraphischer Absage der fremden Ringkämpfer nicht erfolgen. Die ausgefallene Vorstellung wird an einem der nächsten Sonntage stattfinden und werde dieses dem geehrten Publikum von Wilkau und Umgegend noch bekannt geben.

Gustav Ernst.

Opitz Gasthaus, Dt. Vorstadt.

Neu! Neu!

Stier-Zirkus „Wild-West"

Donnerstag Abend ½8 Uhr Kassenöffnung, Anfang 8 Uhr.

Große Gala-Vorstellung!

Vorführung einer ganzen Herde **Karban-Büffel,** in einer Freiheitsdressur vorgeführt. I. Abtlg. **Spanischer Stierkampf,** soweit er polizeilich in Deutschland erlaubt ist. Auftreten **amerikanischer Cowboys, Lassoschwinger, wilde Pferde einfangen, Steppenreiten.** Nur Spezialität 1. Ranges Zwischenpausen werden ausgefüllt mit Clown-August. **Altdeutscher Bärenringkampf** am Schluß jed. Vorstellung.

Freitag, den 7. November 19, abends 8 Uhr

Abschieds-Vorstellung

mit neuem Programm.

Nachm. ½3 Uhr: Kindervorstellung. Zum Schluß eine komische Pantomime: Der Spur-Indianer oder das geraubte Kind.

Um zahlreichen Besuch bittet **die Direktion.**

Preise der Plätze: Sperrsitz 3,00 M., 1. Pl. 2,50 M., 2. Platz 2,00 M., Stehplatz 1 20 M.

Zum Kirmeskränzchen

auf **Sonntag, den 9. d. Mts., nachm. 5 Uhr** laden freundlichst ein **das Komitee u. Gastwirt Schlape** in **Hönigern.**

Zu dem am **Sonntag, den 9. d. Mts. im Saale des Herrn Hanusa in Grambschütz** stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet ergebenst ein **Hanusa, Grambschütz.**

Anfang 4 Uhr.

Streng reell!

Sol. braves Mädchen

wünscht zwecks baldiger Heirat mit Eisenbahner oder Witwer dieses Standes in Verkehr zu treten. Zuschr. u. **A. B. 300** an die Exp. d. Bl.

Empfehle

Querfurter Würstchen

in Dosen à 5 Paar,

Feinsten Tafelreis, Holländischen Käse,

ausgewogen und in Laiben von ca. 10 Pfd.,

Portugiesische u. norweg. Oelsardinen,

Delikateßheringe

in verschied. Saucen,

Kräuterheringe, Filetheringe

in ¼-l Dosen

frische Räucherheringe, Holländ., französ. und amerikan. Schokolade.

Robert Bagusche Nachf.
Inh.: **Gustav Wendrich.**
Tel. 283.

Bettnässen

auch nervöse Blasenschwäche etc. wird beseitigt durch bewährtes **kombiniertes Verfahren** bei beiden Geschlechtern. Verlangen Sie kostenlos Prospekt u. geben Sie Alter u. Geschlecht an. **Dr. med. Elsenbach, München,** Schwanthalerstr. 43/A. 70.

Auskunft umsonst, bei

Schwerhörigkeit,

Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerzen. Glänz. Anerkennungen. **Sanitas-Depot Halle a. S.** × 174 b.

Neuer Militärschafpelz

für 200 Mk. verkäuflich. Zu erfragen i. d. Exp. d. Bl.

Für Frauen,

wenn Blutstockung, Weißfluß, **Bleichsucht, alle Frauenleiden,** gerne kostenfreie Auskunft, nur Rückmarke erwünscht.

Heinr. Deicke,
Wackersleben, Prov. Sachsen.

Günstiges Angebot!

Nichttropfende hellbrennende

·- Baum-Kerzen -·

Postpaket = 18 Kart. à 12 Stck. 81.- M.

·- Haushalt-Kerzen -·

Postpaket = 10 Kart. à 10 Stck. 65.- M.

Rauchfreie u. geruchlose

·- Wunder-Kerzen -·

erstmalig wieder im freien Handel.

Postpaket = 60 Kartons = 25 Mk.
Probesendung enthält von jeder Sorte 1 Karton = aus. 12 M. geg. Nachn.

·- Eistau-Lametta -·

100 300 500 1000 Briefe
20.- 19.50 19.- 18.- M. p. 100

H. Br. Pietsch, Lauban.

Vertreter überall gesucht.

Die erkannte Person die am Sonnabend am Krautwagen das

graue Umschlagetuch

gefunden hat, wird gebeten, dieses in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Schwarz und weiß gefleckter

junger Hund

zugelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen

Dt. Vorstadt 51.

Möbl. Zimmer

per bald gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer an Herrn bald oder 15. zu vermieten.

Braugasse 2 ptr.